

Baurecht und anderes öffentliches Recht (Stand Juli 2010)

Die Baugenehmigungsfreiheit entbindet nicht von der Einhaltung des öffentlichen Rechts (§ 54 Abs. 2 HBO). **Wesentliche** Rechtsbereiche, die auch bei **baugenehmigungsfreien Vorhaben** (§§ 55 und 56 HBO) zu beachten sind, sind nachfolgend unter **Abschnitt Nr. 1** dargestellt.

Soweit Baugenehmigungsverfahren stattfinden, ist das sonstige öffentliche Recht je nach Verfahrensart von der Bauaufsichtsbehörde in unterschiedlicher Reichweite zu prüfen.

Im **vereinfachten Baugenehmigungsverfahren** sind nach § 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HBO neben dem eingeschränkt zu prüfenden Baurecht andere öffentlich-rechtliche Vorschriften von der Bauaufsichtsbehörde zu prüfen, soweit wegen der Baugenehmigung eine Entscheidung nach diesen Vorschriften entfällt oder ersetzt wird, wenn also das jeweilige Fachrecht dies ausdrücklich selbst bestimmt. In Betracht kommen danach

- Konzentrationsregelungen, die die selbständige Entscheidung der Fachbehörde ersetzen,
- Prüf- und Entscheidungsverzichte der anderen Fachbehörde bei Übertragung der Prüfung der eigenen fachlichen Belange auf die Bauaufsichtsbehörde.

Daneben kann der Bauaufsichtsbehörde nach anderem Fachrecht die Zuständigkeit für die fachrechtliche Entscheidung, ggf. verbunden mit einem förmlichen Beteiligungsrecht, übertragen sein. Die wesentlichen Rechtsbereiche sind insoweit unter **Abschnitt Nr. 2** zusammengefasst.

Zusätzlich zu dem im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren zu prüfenden Bereich sind in dem **Genehmigungsverfahren nach § 58 HBO** andere öffentlich-rechtlichen Vorschriften von der Bauaufsichtsbehörde zu prüfen, wenn in dem jeweiligen Fachrecht kein Zulassungsverfahren vorgeschrieben ist. Die wesentlichen Rechtsbereiche sind unter **Abschnitt Nr. 3** zusammengefasst.

1. Bei baugenehmigungsfreien Vorhaben (§§ 55 und 56 HBO) zu beachtende eigenständige Genehmigungen, Ausnahmen oder sonstige Zulassungen.
Hinweise auf sonstiges öffentliches Recht, das außerhalb eigenständiger Zulassungsverfahren eigenverantwortlich von der Bauherrschaft zu beachten ist, können aus den unter den Abschnitten Nr. 2 und Nr. 3 dargestellten Rechtsbereichen entnommen werden.

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.1	Altlasten/Bodenschutz		
	Freigabe einer Baumaßnahme, wenn sich Hinweise auf schadstoffbedingte schädliche Bodenveränderungen ergeben (§ 4 Abs. 2 des Hessischen Altlasten- und Bodenschutzgesetzes - HAltBodSchG).	§ 4 Abs. 2 HAltBodSchG	Obere Bodenschutzbehörde (Regierungspräsidium - § 15 Abs. 2, § 16 Abs. 1 HAltBSchG) Untere Bodenschutzbehörde (Kreisausschuss oder Magistrat der kreisfreien Städte - § 15 Abs. 3 HAltBSchG i.V.m § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Altlasten- und Bodenschutzgesetz)
1.2	Arbeitsschutz Ausnahmen von den Anforderungen an Arbeitsstätten nach der Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV).	§ 3 Abs. 3 ArbStättV	Regierungspräsidium (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 der Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung – ArbSchZV)
1.3	Bauplanungsrecht		
1.3.1	Ausnahmen von einer Veränderungssperre nach § 14 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB).	§ 14 Abs. 2 Satz 1 BauGB	Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde (§ 14 Abs. 2 Satz 2 BauGB)
1.3.2	Genehmigung der Begründung oder Teilung von Wohnungseigentum oder Teileigentum i.S. des § 1 des Wohnungseigen-	§ 22 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB	Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	<p>tumsgesetzes (WEG) oder von in den §§ 30 und 31 WEG bezeichneten Rechten im Geltungsbereich einer Satzung zur Sicherung der Zweckbestimmung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen.</p>		<p>(§ 22 Abs. 5 Satz 1 BauGB)</p>
<p>1.3.3</p>	<p>Genehmigung von Vorhaben, Grundstücksteilungen, Baulasten in Umlegungsgebieten, (in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten nur, wenn und soweit eine Genehmigungspflicht nach § 144 BauGB nicht besteht - § 51 Abs. 1 Satz 2 BauGB).</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Veränderungssperre sind in § 51 Abs. 2 BauGB bestimmt.</p>	<p>§ 51 Abs. 1 Satz 1 BauGB</p>	<p>Umlegungsstelle (Gemeinde oder eine von ihr bestimmte Behörde) (§ 51 Abs. 1 i.V.m. § 46 BauGB)</p>
<p>1.3.4</p>	<p>Genehmigung von Vorhaben, Grundstücksteilungen, Baulasten i.S. des § 14 Abs. 1 BauGB in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten, Ersatz- und Ergänzungsgebieten nach § 142 Abs. 1 und 2 BauGB, soweit die Anwendung nicht durch die Sanierungssatzung gemäß § 142 Abs. 4 BauGB ausgeschlossen ist.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Genehmigungspflicht sind in § 144 Abs. 4 BauGB geregelt.</p> <p>Die Gemeinde kann die Genehmigung für bestimmte Fälle für das Sanierungsgebiet oder Teile davon allgemein erteilen; sie hat dies ortsüblich bekannt zu machen (§ 144 Abs. 3 BauGB).</p>	<p>§ 144 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 145 BauGB</p>	<p>Gemeinde (§ 144 Abs. 1 und 2 BauGB)</p>
<p>1.3.5</p>	<p>Genehmigung von Vorhaben, Grundstücksteilungen, Baulasten i.S. des § 14 Abs. 1 BauGB in förmlich festgelegten städtebaulichen Entwicklungsbereichen und Anpassungsgebieten</p>	<p>§ 169 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. §§ 144, 145 BauGB;</p>	<p>Gemeinde (§ 169 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. § 144 Abs. 1</p>

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	nach §§ 165 Abs. 3, 170 BauGB.	§ 170 Satz 4 BauG	BauGB)
1.3.6	Genehmigung von Vorhaben (baulichen Anlagen) in Gebieten von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 BauGB. (Eine Rechtsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB besteht derzeit nicht). Hinweis: Ausnahmen von der Genehmigungspflicht sind in § 174 Abs. 1 BauGB geregelt.	§ 172 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB	Gemeinde (§ 173 Abs. 1 Satz 1 BauGB)
1.4	Denkmalschutz		
1.4.1	Genehmigung der Änderung oder Beseitigung von Kulturdenkmälern (Einzelobjekte, Gesamtanlagen, Bodendenkmäler i.S. der §§ 2, 19 des Hessischen Denkmalschutzgesetzes – HDSchG) oder Teilen davon, zur Anbringung von Werbeanlagen an Kulturdenkmälern sowie zur Errichtung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen in der Umgebung von unbeweglichen Kulturdenkmälern.	§ 16 Abs. 1 und 2 HDSchG	Untere Denkmalschutzbehörde (Gemeindevorstand in kreisfreien Städten und in kreisangehörigen Gemeinden, denen die Bauaufsicht übertragen ist, Kreisausschuss in Landkreisen) (§ 6 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 HDSchG); bei Kulturdenkmälern im Eigentum des Bundes oder des Landes die oberste Denkmalschutzbehörde (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst) oder die von ihr bestimmte Behörde (§ 6 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 HDSchG)
1.4.2	Genehmigung für Arbeiten, die Bodendenkmäler aus vor- und frühgeschichtlicher Zeit gefährden können, in durch Rechtsverordnung bestimmten Grabungsschutzgebieten.	§ 22 Abs. 2 HDSchG	Oberste Denkmalschutzbehörde (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst) (§ 22 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 1 HDSchG)
1.5	Explosionsschutz		

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.5.1	Erlaubnis zum Umgang mit explosionsgefährlichen Stoffen im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern.	§ 7 Abs. 1 Sprengstoffgesetz (SprengG)	Regierungspräsidium (§ 1 Abs. 1 Nr. 16 der Arbeitsschutzverordnung – ArbSchZV)
1.5.2	Genehmigung für Errichtung, Betrieb und wesentliche Änderung der Beschaffenheit oder des Betriebs von Lagern, in denen explosionsgefährliche Stoffe zu gewerblichen Zwecken im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung oder eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes oder bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern aufbewahrt werden sollen. Hinweis: Sind die Lager Bestandteil einer nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlage, gilt die Genehmigung nach § 4 BImSchG als Genehmigung i.S. des § 17 Abs. 1 Satz 1 SprengG (§ 17 Abs. 1 Satz 3 SprengG).	§ 17 Abs. 1 Satz 1 SprengG	wie Nr. 1.5.1
1.6	Fluglärm-Schutz Ausnahmen von dem Bauverbot des § 5 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) für die Errichtung von Krankenhäusern, Altenheimen, Erholungsheimen, Schulen, Kindergärten und ähnlichen in gleichem Maße schutzbedürftigen Einrichtungen im Lärmschutzbereich von Verkehrsflughäfen und militärischen Flugplätzen i.S. des § 1 FlugLärmG.	§ 5 Abs. 1 Satz 3 FlugLärmG	Untere Bauaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (§ 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Errichtung des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie)
1.7	Flurbereinigung Zustimmung für die Errichtung, Herstellung, wesentliche Änderung oder Beseitigung von baulichen Anlagen innerhalb von festgestellten Flurbereinigungsgebieten.	§ 34 Abs. 1 Nr. 2 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG)	Flurbereinigungsbehörde (Amt für Bodenmanagement - § 15 Abs. 2 Satz 2 Hessisches Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz)

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.8	Forstwirtschaft		
1.8.1	Genehmigung zur Rodung und Umwandlung von Wald.	§ 12 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Hessischen Forstgesetzes (HFG)	<ul style="list-style-type: none"> • Kreisausschuss • Magistrate in den kreisfreien Städten als zuständige Behörde der Landesverwaltung (§ 5 Satz 1 HFG), <ul style="list-style-type: none"> • Obere Forstbehörde (Regierungspräsidium) bei Zuständigkeitskonzentration (§ 5 Satz 2 i.V.m. § 48 Nr. 2 HFG)
1.8.2	Genehmigung von Kahlhieb sowie Vorratsabsenkung von mehr als vierzig vom Hundert des Holzvorrats der üblicherweise verwendeten Ertragstafeln im Schutzwald und Bannwald.	§ 22 Abs. 3 Satz 1 HFG	Obere Forstbehörde (Regierungspräsidium) (§ 22 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 48 Nr. 2 HFG)
1.8.3	Genehmigung zur Waldneuanlage sowie zur Aufforstung von Waldwiesen nach § 1 Abs. 2 HFG. Hinweis: Ausnahmen von der Genehmigungspflicht sind in § 13 Abs. 1 Satz 2 HFG geregelt.	§ 13 Abs. 1 Satz 1 HFG	wie Nr. 1.8.1
1.9	Gaststättenrecht, Gewerberecht		
1.9.1	Erlaubnis zum Betrieb eines Gaststättengewerbes. Hinweis: Ausnahmen von der Erlaubnispflicht sind in § 2 Abs. 2 des Gaststättengesetzes (GastG) geregelt. Lage- oder raumbezogene Versagungsgründe sind in § 4 Abs. 1 Nr. 2, 2a und 3 GastG geregelt.	§ 2 Abs. 1 Satz 1 GastG	Gemeindevorstand (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 der Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung und dem Gaststättengesetz sowie über den Betrieb von Straußwirtschaften)
1.9.2	Erlaubnis zum gewerbsmäßigen Betrieb einer Spielhalle oder	§ 33 i Abs. 1 Satz 1	Gemeindevorstand (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über Zu-

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	eines ähnlichen Unternehmens. Hinweis: Lage- oder raumbezogene Versagungsgründe sind in § 33i Abs. 2 Nr. 2 und 3 der Gewerbeordnung (GewO) geregelt.	GewO	ständigkeiten nach der Gewerbeordnung und dem Gaststättengesetz sowie über den Betrieb von Straußwirtschaften)
1.10	Immissionsschutz		
	Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb oder die wesentliche Änderung von Anlagen der Nr. 1.1 bis 1.2 des Anhangs der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV)	§§ 4 und 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. der 4. BImSchV	Regierungspräsidium (§ 1 Satz 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassung eines Vorhabens durch mehrere Behörden)
1.11	Lebensmittelhygiene		
1.11.1	Zulassung lebensmittelverarbeitender Betriebe (z. B. Milch, Fisch, Eiprodukte, diätetische Lebensmittel)	Eier- und Eierprodukte Verordnung Fischhygiene-VO Milchverordnung Speisegelatine-VO Kollagen-Verordnung	Regierungspräsidium (Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Lebensmittelrechts)
1.12	Naturschutz		
1.12.1	Genehmigung des Eingriffs in Natur und Landschaft für Vorhaben im Außenbereich i.S. des § 35 Abs. 2 BauGB.	§§ 14,17 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Untere Naturschutzbehörde (Landkreise, kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden mit mehr als 50 000 EW; in Nationalparks das Nationalparkamt, § 49 Abs. 3 i.V.m. § 50 Abs. 1 HENatG) im Einvernehmen mit der Gemeinde (§ 36 Abs. 1 Satz 2 BauGB)
1.12.2	Genehmigung des Eingriffs in Natur und Landschaft für Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 und Abs. 4 BauGB.	§§ 14, 17 i.V.m. § 18 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG	Untere Naturschutzbehörde (s. Nr. 1.12.1) im Einvernehmen mit der Gemeinde (§ 36 Abs. 1 Satz 2 BauGB)

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.12.3	Genehmigung oder Befreiung für bauliche Maßnahmen, im Bereich von Naturschutzgebieten, Nationalparks, Biosphärenreservaten, Landschaftsschutzgebieten, Naturparks, geschützten Landschaftsbestandteilen und Schutzgebieten „Natura 2000“	§§ 23-29, 32 BNatSchG i.V.m. einer Rechtsverordnung nach § 28 des Hessischen Naturschutzgesetzes (HENatG)	Genehmigungen: Untere Naturschutzbehörde (§ 50 Abs. 1 HENatG) Befreiungen: Obere Naturschutzbehörde (Regierungspräsidium, soweit nicht die untere Naturschutzbehörde nach § 42 Satz 2 HENatG zuständig ist) (§ 42 Satz 1 i.V.m. § 49 Abs. 2 HENatG)
1.12.4	Ausnahmen oder Befreiungen vom Verbot der Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen nachhaltigen Beeinträchtigung von gesetzlich geschützten Biotopen .	§ 30 BNatSchG	Ausnahmen: Untere Naturschutzbehörde (§ 50 Abs. 1 HENatG) Befreiungen: Obere Naturschutzbehörde (Regierungspräsidium) (§ 42 HENatG)
1.12.5	Ausnahmen oder Befreiungen bei Beeinträchtigung oder Beseitigung besonders geschützter Tiere oder Pflanzen oder von deren Lebensstätten oder Lebensgemeinschaften durch bauliche Anlagen.	§§ 39, 44 BNatSchG i.V.m. der Bundesartenschutzverordnung	Ausnahmen: Untere Naturschutzbehörde (§ 50 Abs. 1 Satz 1 HENatG) Befreiungen: Obere Naturschutzbehörde (Regierungspräsidium) (42 HENatG)
1.12.6	Genehmigungen zur Beseitigung von Grünbeständen im baurechtlichen Innenbereich .	§ 30 Abs. 1 HENatG i.V.m. einer entsprechenden Satzung der Gemeinde	Gemeinde (§ 30 Abs. 1 Satz 1 HENatG)
1.13	Strahlenschutz		

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.13.1	<p>Genehmigung für den Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen nach § 2 Abs. 1 Atomgesetz.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Genehmigungspflicht sind in § 8 Abs. 1 Satz 1 für die in Anlage I Teil A und B Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) genannten Fälle geregelt.</p>	§ 7 Abs. 1 StrlSchV	Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUELV) oder Regierungspräsidium (§ 2 Satz 1 Nr. 1 lit. e, § 1 der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Atom-, Strahlenschutz- und Strahlenschutzvorsorge-rechts)
1.13.2	Genehmigung zu Errichtung und Betrieb sowie zu wesentlicher Änderung von Anlagen zur Erzeugung und Beschleunigung ionisierender Strahlen.	§ 11 Abs. 1 und 2 StrlSchV	<p>für Anlagen nach § 11 Abs. 1 StrlSchV: HMUELV</p> <p>für Anlagen nach § 11 Abs. 2 StrlSchV HMUELV oder Regierungspräsidium (§ 2 Satz 1 Nr. 1 lit. d, § 1 der Zuständigkeitsverordnung)</p>
1.14	Verkehrsrecht		
1.14.1	Eisenbahnen		
1.14.1.1	<p>Genehmigung für das Errichten oder wesentliche Verändern von Bauwerken, Lager- und Einstellflächen jeder Art an freien Strecken von Eisenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, wenn sie</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. in einem Abstand von weniger als sechzig Metern von der Mitte des nächsten Gleises geplant sind oder liegen, 2. bei größerem Abstand an gekrümmten Strecken eine vierhundert Meter lange Sicht auf Signale oder Schranken beeinträchtigen. 	§ 5 Abs. 1 Hessisches Eisenbahngesetz (HEisenbG)	Aufsichtsbehörde: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (§ 12 Abs. 1 HEisenbG)
1.14.1.2	Genehmigung für das Errichten oder wesentliche Verändern von Lichtreklamen an freien Strecken von Eisenbahnen, wenn sie geeignet sind, die klare Erkennbarkeit von Signalen zu beeinträchtigen oder die Gefahr von Verwechslungen mit Signalen besteht.	§ 5 Abs. 2 HEisenbG	wie Nr. 1.14.1.1

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.14.2	Luftverkehr		
1.14.2.1	Genehmigung für die Errichtung von Bauwerken in Bauschutzbereichen eines Flughafens nach § 12 Abs. 1 Satz 2 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG).	§ 12 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 LuftVG	Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel) (§ 31 Abs. 2 Nr. 7 LuftVG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 5 der Verordnung zur Bestimmung von luftverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten)
1.14.2.2	Genehmigung für die Errichtung von Luftfahrthindernissen i.S. des § 15 Abs. 1 LuftVG in und außerhalb des Bauschutzbereiches eines Flughafens.	§ 15 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. §§ 12 und 14 LuftVG	Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidium) (§ 31 Abs. 2 Nr. 7 und 9 LuftVG i.V.m. § 15 Abs. 2 Satz 3 LuftVG sowie § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Verordnung zur Bestimmung von luftverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten)
1.14.2.3	Genehmigung für die Errichtung von Bauwerken in beschränkten Bauschutzbereichen bei Landeplätzen und Segelflughäfen.	§ 17 i.V.m. § 12 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie § 15 Abs. 2 Satz 3 LuftVG	Luftfahrtbehörde (s. Nr. 1.14.2.2)
1.14.3	Straßenrecht		
1.14.3.1	Genehmigung für die Errichtung, erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen längs der Bundesautobahnen in einer Entfernung bis zu 100 m und längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn. Bei geplanten Bundesfernstraßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen. Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen sind in § 9 Abs. 7 des	§ 9 Abs. 5 i.V.m. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 5 a FStrG § 9 Abs. 4 FStrG	Straßenbaubehörde • Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen) (§ 46 Abs. 1 Hessisches Straßengesetz – HStrG - i.V.m. § 2 Nr. 2 erster Teilsatz der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz) • bei geplanten Bundesfernstraßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, § 9 Abs. 2, 4 und 5 FStrG,

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bestimmt (Plankonformität).		§ 46 Abs. 4 HStrG - i.V.m. § 2 Nr. 2 zweiter Teilsatz der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)
1.14.3.2	<p>Genehmigung für die erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen auf Grundstücken, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.</p> <p>Bei geplanten Bundesfernstraßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen sind in § 9 Abs. 7 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bestimmt (Plankonformität).</p>	<p>§ 9 Abs. 5 i.V.m. § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 5 a FStrG</p> <p>§ 9 Abs. 4 FStrG</p>	wie Nr. 1.14.3.1
1.14.3.3	Genehmigung für Anlagen der Außenwerbung außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten.	§ 9 Abs. 6 Satz 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 FStrG	wie Nr. 1.14.3.1
1.14.3.4	<p>Ausnahmen von dem Verbot der Errichtung von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hochbauten jeder Art, Anlagen der Außenwerbung sowie Aufschüttungen oder Abgrabungen größeren Umfangs in einer Entfernung bis zu 40 m bei Bundesautobahnen und bis zu 20 m bei Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, 	§ 9 Abs. 8 FStrG	wie Nr. 1.14.3.1

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	<ul style="list-style-type: none"> • baulichen Anlagen sowie Anlagen der Außenwerbung, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, <p>nach § 9 Abs. 1 Satz 1 und 2 i.V.m. Abs. 5 a und 6 FStrG.</p> <p>Bei geplanten Bundesfernstraßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Die Verbote des § 9 Abs. 1 und 2 i.V.m. mit Abs. 4 und 5 a FStrG gelten nicht in den in § 9 Abs. 7 FStrG bestimmten Fällen.</p>	§ 9 Abs. 4 FStrG	
1.14.3.5	Ausnahmen von der Veränderungssperre nach § 9 a FStrG.	§ 9 a Abs. 5 FStrG	Oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 9 a Abs. 5 FStrG i.V.m. § 46 Abs. 4 HStrG)
1.14.3.6.	<p>Ausnahmen von dem Verbot der Errichtung von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, • baulichen Anlagen jeglicher Art, die über Zufahrten an Landes- oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, • Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs <p>außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt längs der Landesstraßen und Kreisstraßen nach § 23 Abs. 1 des Hessischen Straßenge-</p>	§ 23 Abs. 8 HStrG	<p>Straßenbaubehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> • Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen) (§ 46 Abs. 1 HStrG i.V.m. § 7 Satz 1 Nr. 6 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	<p>setzes (HStrG).</p> <p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p>	§ 23 Abs. 5 HStrG	<ul style="list-style-type: none"> • bei geplanten Straßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 23 Abs. 1 und 5 HStrG, § 46 Abs. 4 HStrG - i.V.m. § 7 Satz 2 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)
1.14.3.7	<p>Genehmigung für die Errichtung, erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen längs der Landes- oder Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn.</p> <p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen des § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1, Abs. 4 bis 6 Hessisches Straßengesetz (HStrG) sind in § 23 Abs. 7 HStrG bestimmt.</p>	<p>§ 23 Abs. 6 i.V.m. Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 HStrG</p> <p>§ 23 Abs. 5 Satz 1 HStrG</p>	<p>Straßenbaubehörde</p> <ul style="list-style-type: none"> • Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen). (§ 46 Abs. 1 HStrG i.V.m. § 7 Satz 1 Nr. 6 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz) • bei geplanten Straßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG i.V.m. § 7 Satz 2 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)
1.14.3.8	Genehmigung für die erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen auf Grundstücken, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten an Landes- oder	§ 23 Abs. 6 i.V.m. Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HStrG	wie Nr. 1.13.3.7

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
	<p>Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.</p> <p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen des § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 5 und 6 HStrG sind in § 23 Abs. 7 HStrG bestimmt.</p>	§ 23 Abs. 5 Satz 1 HStrG	
1.14.3.9	Ausnahmen von einer Veränderungssperre in Planungsgebieten nach § 32 a HStrG oder auf Flächen von Plänen nach § 34 HStrG.	§ 32 a Abs. 4, § 34 Abs. 3 HStrG	<p>Planfeststellungsbehörde (§ 35 Abs. 2 HStrG):</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Landes- und Kreisstraßen die oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG) • für Gemeindestraßen das örtlich zuständige Regierungspräsidium
1.14.4	Straßenverkehrsrecht		
	<p>Ausnahmegenehmigung für Werbeanlagen außerhalb geschlossener Ortschaften.</p> <p>Hinweis: Auch durch innerörtliche Werbung und Propaganda darf der Verkehr außerhalb geschlossener Ortschaften nicht in solcher Weise gestört werden.</p>	§ 46 Abs. 2 Satz 1 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) i.V.m. § 33 Abs. 1 Nr. 3 StVO	<p>Zuständige Straßenverkehrsbehörde:</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Autobahnen das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen • für sonstige Straßen das Regierungspräsidium als Bezirksordnungsbehörde <p>(§ 11 Abs. 6 Nr. 2 und 3 der Verordnung zur Bestimmung von straßenverkehrsrechtlichen</p>

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
			Zuständigkeiten)
1.15	Wasserrecht		
1.15.1	Wasserrechtliche Genehmigung für die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen im Uferbereich, Überschwemmungsgebieten und in Gewässern.	§ 14 Abs. 3 und 4 Hessisches Wassergesetz (HWG), § 78 Abs. 3, 38 Abs. 4, 5 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	Untere Wasserbehörde (§§ 54, 55 HWG) obere Wasserbehörde (§ 55 Abs. 2 HWG, § 1 Abs. 1 Nr. 7b Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden)
1.15.2	Bauaufsicht / Überwachung Für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen die der öffentlichen Ver- und Entsorgung dienen, mit Ausnahme von Gebäuden. Hinweis: §§ 48 und 51 HBO gelten entsprechend	§ 52 Abs. 1 HWG	Bauherrschaft, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches die anderen am Bau Beteiligten
1.15.3	Bauaufsicht von Anlagen nach § 51 Abs. 1 HWG durch die Wasserbehörde; § 73 Abs. 1, 3 und 4 und § 74 HBO gelten entsprechend.	§ 52 Abs. 2 HWG	untere Wasserbehörde (§§ 54, 55 HWG)
1.15.4	Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis bzw. gehobenen Erlaubnis Hinweis: Erlaubnis und Bewilligung schließen eine nach den §§ 14 HWG 38 Abs. 4 u. 5, 60 Abs. 3, 78 WHG oder nach der Hessischen Bauordnung erforderliche Zulassung eines Vorhabens für die zur Vornahme der Gewässerbenutzung erforderlichen Anlage ein (§ 76 Abs. 2 HWG).	§§ 75 und 76 HWG §§ 13, 15, 18 WHG	Untere Wasserbehörde (Kreisausschüsse oder Magistrate der kreisfreien Städte; § 55 Abs. 1 HWG) Obere Wasserbehörde (§ 55 Abs. 2 HWG) i.V.m. Zuständigkeitsverordnung Wasserbehörden

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Entscheidung durch
1.15.5	Genehmigung von Abwasseranlagen Hinweis: Die Genehmigung schließt für Vorhaben erforderliche bauaufsichtliche Zulassungen ein. Die Wasserbehörde entscheidet insoweit im Benehmen mit der Bauaufsichtsbehörde.	§ 60 Abs. 3 WHG	Untere Wasserbehörde (§ 55 Abs. 1 HWG) ggf. im Benehmen mit der Bauaufsichtsbehörde; s. Hinweis Obere Wasserbehörde (§ 55 Abs. 2 HWG i.V.m. Zuständigkeitsverordnung Wasserbehörden)

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	Grundwasserverunreinigung mit leichtflüchtigen Stoffen).				
2.1.3	Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans.	§ 31 BauGB	Gemeinde	Einvernehmen	§ 36 Abs. 1 Satz 1 BauGB
2.1.4	Ausnahmen von einer Veränderungssperre nach § 14 Abs. 1 BauGB (außer für Vorhaben im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet oder im Städtebaulichen Entwicklungsbereich, für die eine Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 1 BauGB besteht - § 14 Abs. 4 BauGB).	§ 14 Abs. 2 Satz 1 BauGB	Gemeinde	Einvernehmen	§ 14 Abs. 2 Satz 2 BauGB
2.1.5	Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB auf Antrag der Gemeinde (außer für Vorhaben im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet oder im Städtebaulichen Entwicklungsbereich, für die eine Genehmigungspflicht nach § 144 Abs. 1 BauGB besteht - § 15 Abs. 2 BauGB).	§ 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB	Gemeinde	Antrag	§ 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB
2.1.6	Zurückstellung des Baugesuchs nach § 15 Abs. 3 Satz 1 BauGB i. V. m. § 35 Abs. 1 Nr. 2 – 6 BauGB in Fällen der Flächennutzungsplanung	§ 15 Abs. 3 Satz 1 BauGB	Gemeinde	Antrag	§ 15 Abs. 3 Satz 1 BauGB
2.1.7	Genehmigung der Begründung oder Teilung von Wohnungseigentum oder Teileigentum i.S. des § 1 des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) oder von in den §§ 30 und 31 WEG bezeichneten Rechten im Geltungsbereich einer Satzung zur Sicherung der Zweckbestimmung von Gebieten mit Fremdenverkehrsfunktionen .	§ 22 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB	Gemeinde	Einvernehmen	§ 22 Abs. 5 Satz 1 BauGB

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
2.1.8	<p>Genehmigung von Vorhaben, Grundstücksteilungen, Baulasten nach § 51 Abs. 1 Satz 1 BauGB in Umlen- gungsgebieten (in förmlich festgelegten Sanierungs- gebieten nur, wenn und soweit eine Genehmigungsp- pflicht nach § 144 BauGB nicht besteht - § 51 Abs. 1 Satz 2 BauGB).</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Veränderungssperre sind in § 51 Abs. 2 BauGB bestimmt.</p>	§ 51 Abs. 1 Satz 1 BauGB	vorgreiflicher Verwaltungsakt der Gemeinde (vgl. Ab- schnitt 1 Nr. 1.3.3)		
2.1.9	Zurückstellung des Baugesuchs sowie Zurückstellung der Beseitigung einer baulichen Anlage entsprechend § 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB in Gebieten, für die der Beschluss über den Beginn vorbereitender Unter- suchungen zur förmlichen Festlegung eines Sanie- rungsgebiets öffentlich bekannt gemacht worden ist.	§ 141 Abs. 4 Satz 1 i.V.m. § 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB	Gemeinde	Antrag	§ 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB
2.1.10	Genehmigung von Vorhaben, Grundstücksteilungen, Baulasten i.S. des § 14 Abs. 1 BauGB in förmlich fest- gelegten Städtebaulichen Entwicklungsbereichen und Anpassungsgebieten nach § 165 Abs. 3, § 170 BauGB.	§ 169 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. §§ 144, 145 BauGB; § 170 BauGB	vorgreiflicher Verwaltungsakt der Gemeinde (vgl. Ab- schnitt 1 Nr. 1.3.5)		
2.1.11	<p>Genehmigung von Vorhaben (baulichen Anlagen) in Gebieten von Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 BauGB. (Eine Rechtsverordnung nach § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB besteht derzeit nicht.)</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Genehmigungspflicht sind in § 174 Abs. 1 BauGB geregelt.</p>	§ 172 Abs. 1 Satz 1 und 2 BauGB	vorgreiflicher Verwaltungsakt der Gemeinde (vgl. Ab- schnitt 1 Nr. 1.3.6)		

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
2.1.12	Zurückstellung eines Baugesuchs in Gebieten, für die der Beschluss zur Aufstellung einer Erhaltungssatzung gefasst und ortsüblich bekannt gemacht worden ist.	§ 172 Abs. 2 i.V.m. § 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB	Gemeinde	Antrag	§ 15 Abs. 1 Satz 1 BauGB
2.2	Sonstiges öffentliches Recht (§ 57 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HBO) (s. Nr. 57.1.1.3 der Handlungsempfehlungen)				
2.2.1	Altlasten/Bodenschutz				
2.2.1.1	Belange des Bodenschutzes sind betroffen.	§ 3 Abs. 3 des Hessischen Altlasten- und Bodenschutzgesetzes (HAltBodSchG)	Obere Bodenschutzbehörde (Regierungspräsidium, §§ 15 Abs. 2, 16 Abs. 1 HAltBodSchG, § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Altlasten- und Bodenschutzgesetz) Untere Bodenschutzbehörde (Kreisausschuss oder Magistrat der kreisfreien Städte - § 15 Abs. 3 HAltBodSchG, § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Hessischen Altlasten-	Beteiligung	§ 3 Abs. 3 HAltBodSchG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
			und Bodenschutz- gesetz)		
2.2.1.1	Unterrichtung der Sanierungsbehörde, wenn die Ge- meinde in ihrer Stellungnahme im Hinblick auf die bau- planungsrechtlich zu wahrenen gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse auf das Vorhandensein von schäd- lichen Bodenveränderungen i.S. des § 3 Abs. 1 und 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) oder einen ernsthaften Verdacht hierauf hingewiesen hat, oder die Antragsunterlagen Erkenntnisse enthalten, die einen Altlastenverdacht i.S. des HAltBodSchG begrün- den.	§ 3 Abs 3 HAltBodSchG; § 3 Abs 1 und 2 BBodSchG.	Für Altlasten und altlastenverdächtige Flächen: Regie- rungspräsidium, sonst Kreisaus- schuss oder Magist- rat der kreisfreien Städte oder Regie- rungspräsidien ent- sprechend der Ver- ordnung über Zu- ständigkeiten nach dem Bundes- Bodenschutzgesetz	-	§ 3 Abs 1 und 2 BBodSchG
2.2.1.2	Unterrichtung der Bodenschutzbehörde bei Aufbringen von Material in einer Gesamtmenge über 600 m3 je Vorhaben auf oder in den Boden	§§ 3 Abs. 3, 4 Abs. 3 HAltBodSchG	Obere Boden- schutzbehörde (Regierungspräsi- dium, § 15 Abs. 2, § 16 Abs. 1 HAltBSchG) Untere Boden- schutzbehörde (Kreisausschuss oder Magistrat der kreisfreien Städte - § 15 Abs. 3 HAltBSchG i.V.m § 1 der Verord- nung über Zustän- digkeiten nach dem Hessischen Altlas- ten- und Boden-	Beteiligung	§ 3 Abs. 3 HAltBodSchG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
			schutzgesetz)		
2.2.2	Bergbaugebiete				
	<p>Errichtung, Erweiterung, Änderung oder Nutzungsänderung baulicher Anlagen in durch Rechtsverordnung nach § 107 Abs. 1 des Bundesberggesetzes (BBergG) festgesetzten Baubeschränkungsgebieten.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von der Zustimmungspflicht sind in § 108 Abs. 3 BBergG bestimmt.</p>	§ 108 Abs. 1 BBergG	Bergbehörde (Regierungspräsidium, § 69 Abs. 1 BBergG i.V.m. § 1 der Verordnung über bergrechtliche Zuständigkeiten)	Zustimmung	§ 108 Abs. 1 i.V.m. § 69 Abs. 1 BBergG
2.2.3	Denkmalschutz				
	<p>Änderung oder Beseitigung von Kulturdenkmälern (Einzelobjekte, Gesamtanlagen, Bodendenkmäler i.S. der §§ 2, 19 des Hessischen Denkmalschutzgesetzes - HDSchG) oder Teilen davon, zur Anbringung von Werbeanlagen an Kulturdenkmälern sowie zur Errichtung, Änderung oder Beseitigung von Anlagen in der Umgebung von unbeweglichen Kulturdenkmälern, wenn sich dies auf den Bestand oder das Erscheinungsbild des Kulturdenkmals auswirken kann.</p> <p>Hinweis: Die Baugenehmigung schließt die denkmalschutzrechtliche Genehmigung ein.</p>	§ 7 Abs. 3 Satz 2, erster Teilsatz, i.V.m. § 16 Abs. 1 und 2 HDSchG	<p>Untere Denkmal-schutzbehörde (Gemeindevorstand in kreisfreien Städten und in kreisangehörigen Gemeinden, denen die Bauaufsicht übertragen ist, Kreis-ausschuss in Landkreisen) (§ 3 Abs. 2 HDSchG)</p> <p>Oberste Denkmal-schutzbehörde (Mi-nisterium für Wis-senschaft und</p>	Zustimmung	§ 7 Abs. 3 Satz 2, zweiter Teilsatz HDSchG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
			Kunst) bei Kultur- denkmälern im Ei- gentum des Bundes oder des Landes Hessen (§§ 3 Abs. 1, 6 Abs. 2 HDSchG)		
2.2.4	Fluglärm-Schutz				
	Ausnahmen von dem Bauverbot des § 5 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (FlugLärmG) für die Errichtung von Krankenhäusern, Altenheimen, Erholungsheimen, Schulen, Kindergärten und ähnlichen in gleichem Maße schutzbedürftigen Einrichtungen im Lärmschutzbereich von Verkehrsflughäfen und militärischen Flugplätzen i.S. des § 1 FlugLärmG.	§ 5 Abs. 1 Satz 3 FlugLärmG; § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm	Untere Bauaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm i.V.m. § 1 des Gesetzes zur Errichtung des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie)	Zustimmung	§ 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten nach dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm
2.2.5	Naturschutz				
2.2.5.1	Eingriff in Natur und Landschaft durch Vorhaben im Außenbereich i.S. des § 35 Abs. 2 des Baugesetzbuch	§ 17 Abs. 1 i.V.m. § 14 Bundesnatur-	Untere Naturschutzbehörde (Landkreise, kreisfreie Städte,	Benehmen	§ 17 Abs. 1 BNatSchG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	ches (BauGB).	schutzgesetz (BNatSchG)	kreisangehörige Gemeinden mit mehr als 50 000 EW; in Nationalpar- ken das National- parkamt, § 49 Abs. 3 Hessisches Naturschutzgesetz (HENatG) Obere Naturschutz- behörde (Regie- rungspräsidium), in Fällen des § 69 Abs. 4 HBO (49 Abs. 2 HENatG)		
2.2.5.2	Eingriff in Natur und Landschaft durch Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 1 und Abs. 4 BauGB.	§ 17 i.V.m. § 18 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG	wie Nr. 2.2.5.1	Benehmen	§ 18 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG
2.2.5.3	Errichtung von baulichen Anlagen in den im Zusammen- hang bebauten Ortsteilen nach § 34 BauGB.	§ 18 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG	wie Nr. 2.2.5.1	Benehmen	§ 18 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
2.2.6	Verkehrsrecht				
2.2.6.1	Eisenbahnen				
2.2.6.1.1	Das Errichten oder wesentliche Verändern von Bauwerken, Lager- und Einstellflächen jeder Art an freien Strecken von Eisenbahnen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, wenn sie <ol style="list-style-type: none"> 1. in einem Abstand von weniger als sechzig Metern von der Mitte des nächsten Gleises geplant sind oder liegen, 2. bei größerem Abstand an gekrümmten Strecken eine vierhundert Meter lange Sicht auf Signale oder Schranken beeinträchtigen. 	5 Abs. 1 Hessisches Eisenbahngesetz (HEisenbG)	Aufsichtsbehörde: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HEisenbG)	Benehmen	5 Abs. 4 Hessisches Eisenbahngesetz (HEisenbG)
2.2.6.1.2	Das Errichten oder wesentliche Verändern von Lichtsignalen an freien Strecken von Eisenbahnen, wenn sie geeignet sind, die klare Erkennbarkeit von Signalen zu beeinträchtigen oder die Gefahr von Verwechslungen mit Signalen besteht.	§ 5 Abs. 2 Hessisches Eisenbahngesetz (HEisenbG)	wie Nr. 2.2.6.1.1	Benehmen	5 Abs. 4 HEisenbG
2.2.6.2	Luftverkehr				
2.2.6.2.1	Errichtung von Bauwerken in Bauschutzbereichen eines Flughafens nach § 12 Abs. 1 Satz 2 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG).	§ 12 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 LuftVG	Luftfahrtbehörde (Regierungspräsidenten Darmstadt und Kassel) (§ 31 Abs. 2 Nr. 7 LuftVG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 5 der Verordnung zur Be-	Zustimmung	§ 12 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 LuftVG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
			stimmung von luft- verkehrsrechtlichen Zuständigkeiten)		
2.2.6.2.2	Errichtung von Bauwerken, die höher als 100 m (bzw. 30 m auf Bodenerhebungen) sind, außerhalb des Bauschutzbereiches eines Flughafens.	§ 14 LuftVG	Luftfahrtbehörde (Regierungspräsi- den Darmstadt und Kassel) (§ 31 Abs. 2 Nr. 9 LuftVG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Verordnung zur Bestimmung von luftverkehrsrechtli- chen Zuständigkei- ten)	Zustimmung	§ 14 Abs. 1 und 2 i.V.m. § 12 Abs. 2 Satz 2 und 3 LuftVG
2.2.6.2.3	Errichtung von Luftfahrthindernissen i.S. des § 15 Abs. 1 LuftVG in und außerhalb des Bauschutzbereiches eines Flughafens.	§ 15 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. §§ 12 bis 14 LuftVG	Luftfahrtbehörde (Regierungspräsi- den Darmstadt und Kassel) (§ 31 Abs. 2 Nr. 7 und 9 LuftVG i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Verordnung zur Bestimmung von luftverkehrsrechtli- chen Zuständigkei- ten)	Zustimmung	§ 15 Abs. 1 i.V.m. § 12 Abs. 2 Satz 1 und § 14 Abs. 1 LuftVG
2.2.6.2.4	Errichtung von Bauwerken in beschränkten Bauschutzbereichen bei Landeplätzen und Segelflughäfen.	§ 17 i.V.m. § 12 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 4 sowie §§ 13, 15	wie Nr. 2.2.6.2.3	Zustimmung	§ 17 Satz 1 LuftVG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	und 5 a FStrG gelten nicht in den § 9 Abs. 7 FStrG bestimmten Fällen.		HStrG - i.V.m. § 2 Nr. 2 zweiter Teilsatz der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)		
2.2.6.3.2	Ausnahmen von der Veränderungssperre nach § 9 a FStrG.	§ 9 a Abs. 5 FStrG	Oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 9 a Abs. 5 FStrG i.V.m. § 46 Abs. 4 HStrG)	Vorgreiflicher Verwaltungsakt (Ausnahmegenehmigung) Vgl. Ziffer 1.13.3	§ 9a Abs. 5 FStrG
2.2.6.3.3	Errichtung, erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen längs der Bundesstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn.	§ 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i.V.m. § 9 Abs. 5a FStrG	Straßenbaubehörde • Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen) (§ 46 Abs. 1 HStrG i.V.m. § 2 Nr. 2 erster Teilsatz der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bun-	Zustimmung	§ 9 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Abs. 3 FStrG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlagen	Mitwirkungsbehörde	Mitwirkungsakt	Rechtsgrundlage für Mitwirkung
	<p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen des § 9 Abs. 2 sind in § 9 Abs. 7 FStrG bestimmt.</p>	§ 9 Abs. 4 FStrG	<p>desfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)</p> <ul style="list-style-type: none"> • bei geplanten Straßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG i.V.m. § 2 Nr.2 zweiter Teilsatz der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz) 		
2.2.6.3.4	<p>Erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen auf Grundstücken, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten oder Zugänge an Bundesstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.</p> <p>Bei geplanten Bundesfernstraßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den</p>	<p>§ 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 5 a FStrG</p> <p>§ 9 Abs. 4 FStrG</p>	wie 2.2.6.3.3	Zustimmung	§ 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 3 FStrG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	<p>Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Die Genehmigungspflicht gilt nicht in den in § 9 Abs. 7 FStrG bestimmten Fällen.</p>				
2.2.6.3.5	Anlagen der Außenwerbung außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten.	§ 9 Abs. 6 Satz 1 i.V.m. § 9 Abs. 2 FStrG	wie Nr. 2.2.6.3.1	Zustimmung	§ 9 Abs. 2 Satz 1 FStrG
2.2.6.3.6	Vorhaben der Ziffern 2.2.6.3.3 und 2.2.6.3.4 innerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten an Bundesstraßen	§ 9 Abs. 3a i.V. mit Abs. 2 und 3 FStrG	wie Nr. 2.2.6.3.1	Stellungnahme	
2.2.6.3.7	<p>Ausnahmen von dem Verbot der Errichtung von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn, • baulichen Anlagen jeglicher Art, die über Zufahrten an Landes- oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, • Aufschüttungen und Abgrabungen größeren Umfangs <p>außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt längs der Landesstraßen und Kreisstraßen nach § 23 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 des Hessischen Straßengeset-</p>	§ 23 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 8 HStrG	Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen) (§ 46 Abs. 1 HStrG i.V.m. § 7 Satz 1 Nr. 6 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)	Vorgreiflicher Verwaltungsakt (Ausnahmegenehmigung) Vgl. Ziffer 1.14.3.6	§ 23 Abs. 8 HStrG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	<p>zes (HStrG).</p> <p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p>	<p>§ 23 Abs. 8 i.V.m. Abs.5 HStrG</p>	<p>bei geplanten Straßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG i.V.m. § 7 Satz 2 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)</p>		
2.2.6.3.8	<p>Ausnahmen von einer Veränderungssperre in Planungsgebieten nach § 32 a HStrG oder auf Flächen von Plänen nach § 34 HStrG.</p>	<p>§ 32 Abs. 4, § 34 Abs. 3 HStrG</p>	<p>Planfeststellungsbehörde (§ 35 Abs. 2 HStrG):</p> <ul style="list-style-type: none"> • für Landes- und Kreisstraßen die oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirt- 	<p>Vorgreiflicher Verwaltungsakt (Ausnahmegenehmigung)</p> <p>Vgl. Ziffer 1.14.3.9</p>	

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundlagen	Mitwirkungsbehörde	Mitwirkungsakt	Rechtsgrundlage für Mitwirkung
			schaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG) <ul style="list-style-type: none"> • für Gemeindestraßen das örtlich zuständige Regierungspräsidium 		
2.2.6.3.9	Errichtung, erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen längs der Landes- oder Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten in einer Entfernung bis zu 40 m, gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn. Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Ausle-	§ 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 HStrG § 23 Abs. 5	Straßenbaubehörde <ul style="list-style-type: none"> • Untere Straßenbaubehörde (Amt für Straßen- und Verkehrswesen) (§ 46 Abs. 1 HStrG i.V.m. § 7 Satz 1 Nr. 6 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz) • bei geplanten 	Zustimmung	§ 23 Abs. 2 Satz 1 HStrG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	<p>gung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen des § 23 Abs. 2 sind in § 23 Abs. 7 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) bestimmt.</p>	HStrG	Straßen oberste Straßenbaubehörde (Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung) (§ 46 Abs. 4 HStrG i.V.m. § 7 Satz 2 der Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Hessischen Straßengesetz)		
2.2.6.3.10	<p>Erhebliche Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen auf Grundstücken, die außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten über Zufahrten an Landes- oder Kreisstraßen unmittelbar oder mittelbar angeschlossen sind.</p> <p>Bei geplanten Straßen gilt dies von Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen.</p> <p>Hinweis: Ausnahmen von den Baubeschränkungen des § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 5 und 6 HStrG sind in § 23</p>	<p>§ 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 HStrG</p> <p>§ 23 Abs. 5 HStrG</p>	wie Nr. 2.2.6.3.9	Zustimmung	§ 23 Abs. 2 Satz 1 HStrG

Nr.	Sachverhalt	Rechtsgrundla- ge	Mitwirkungs- behörde	Mitwirkungs- akt	Rechtsgrund- lage für Mit- wirkung
	Abs. 7 HStrG bestimmt.				
2.2.6.3.11	Vorhaben der Ziffern 2.2.6.3.9 und 2.2.6.3.10 innerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten an Landes- und Kreisstraßen	§ 23 Abs. 4 i.V. mit Abs. 2 und 3 HStrG	wie Nr. 2.2.6.3.9	Stellungnahme	
2.2.7	Wasserrecht				
2.2.7.1	Errichtung und die Erweiterung einer baulichen Anlage nach den §§ 30, 34 und 35 des Baugesetzbuches in Überschwemmungsgebieten und in Uferbereichen sowie die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen in Gewässern.	§ 15 Abs. 3 Hessesches Wassergesetz (HWG) § 78 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	Untere Wasserbehörde Obere Wasserbehörde	Benehmen	§ 14 Abs. 5 HWG

3. Im Baugenehmigungsverfahren (§ 58 HBO) zu prüfendes anderes öffentliches Recht (s. Nr. 58.1.1.3 der Handlungsempfehlungen)

Es handelt sich im Wesentlichen um folgende Rechtsbereiche:

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
3.1	Bauplanungsrecht (§ 58 Satz 1 Nr. 1 HBO) entspricht Nr. 2.1		
3.2	Konzentrationsregelungen und übertragene Entscheidungs- oder Prüfungskompetenz (§ 58 Satz 1 Nr. 3 a HBO): entspricht Nr. 2.2		
3.3	Anderes öffentliches Recht ohne Zulassungsverfahren (§ 58 Satz 1 Nr. 3 b HBO)		
3.3.1	Abfallentsorgung		
	Anlagen zur Beseitigung und Verwertung von Abfällen sowie Anlagen, in denen Abfälle anfallen, soweit die Anlagen nicht der Planfeststellung oder Plangenehmigung nach § 31 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) oder der Genehmigung nach §§ 10, 19 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i.V.m. der 4. BImSchV unterliegen.	KrW-/AbfG, Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HAKA), BImSchG	Regierungspräsidium, soweit nichts anderes bestimmt ist (§ 25 Abs. 2 HAKA)
3.3.2	Apotheken, Arzneimittel		
3.3.2.1	Beschaffenheit, Größe und Einrichtung der Apotheken- und Krankenhausapothekenbetriebsräume.	§ 21 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzes über das Apothekenwesen, §§ 4 und 29 der Apothe-	Regierungspräsidium Darmstadt (§§ 3, 4 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Bereich der staatlichen

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
		kenbetriebsordnung	Gesundheitsverwaltung)
3.3.2.2	Beschaffenheit, Größe und Einrichtung der Räume von insbesondere Betrieben oder Einrichtungen, in denen Arzneimittel oder Wirkstoffe entwickelt, hergestellt, geprüft, gelagert, verpackt oder in den Verkehr gebracht werden.	§ 14 Abs. 1 Nr. 6, § 54 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 4 des Arzneimittelgesetzes (AMG) i.V.m. § 5 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung	Regierungspräsidium Darmstadt, soweit nichts anderes bestimmt ist (§ 1 Abs. 1 und § 2 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Bereich der staatlichen Gesundheitsverwaltung)
3.3.3	Brandschutz		
	<p>Bei baulichen Anlagen besonderer Art oder Nutzung nach § 2 Abs. 8 HBO:</p> <ul style="list-style-type: none"> • vor der Gewährung von Abweichungen (§ 63 HBO) von Brandschutzanforderungen der HBO und der FeuVO, • zu Vorschriften, die auf Bedenken wegen des Brandschutzes abstellen, • bei baulichen Anlagen oder Einrichtungen, die zu Brand- oder Explosionsgefahren führen können (z.B. Lüftungstechnische Anlagen, Behälter für Flüssiggas oder brennbare Flüssigkeiten) oder die der Brandbekämpfung oder Brandverhütung dienen (z.B. ortsfeste Löschanlagen, Steigleitungen, Brandmeldeanlagen); bevor einem Widerspruch gegen Brandschutzaufgaben stattgegeben wird. <p>Hinweis: Die Brandschutzdienststelle kann von der Bauaufsichtsbehörde auch als sachverständige Stelle um gutachtliche Stellungnahme zu Fragen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes oder der zweckmäßigen Brandbekämpfung gebeten werden (§ 53 Abs. 4 HBO).</p>	§ 61 Abs. 1 Satz 1 HBO	<p>Brandschutzdienststelle:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Berufsfeuerwehr - in Gemeinden mit Berufsfeuerwehr • Gemeindebrandinspektor - in Gemeinden ohne Berufsfeuerwehr, soweit sie ein eigenes Bauaufsichtsamt haben • Kreisbrandinspektor - in Landkreisen <p>(§ 12 Hess. Brand- und Katastrophenschutzgesetz)</p>

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
3.3.4	Gemeindestraßen		
	Grundstückszufahrten auf Gemeindestraßen	<p>§§ 19, 41 Abs. 3 und 43 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG),</p> <p>§ 33 der Straßenverkehrsordnung (StVO)</p>	<p>als Straßenbaubehörde: der Gemeindevorstand (Bürgermeister, Magistrat) (§ 46 Abs. 5 HStrG)</p> <p>als Straßenverkehrsbehörde:</p> <ul style="list-style-type: none"> • in kreisfreien Städten der Oberbürgermeister als Kreisordnungsbehörde • in kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern der Oberbürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde • in kreisangehörigen Gemeinden mit bis zu 50 000 Einwohnern der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde • im Übrigen der Landrat als Kreisordnungsbehörde <p>(§ 44 Abs. 1 Satz 1 StVO i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zur Bestimmung von straßenverkehrsrechtlichen Zuständigkeiten)</p>
3.3.5	Gerätesicherheit		
	Errichtung und wesentliche Änderung von nach dem Gesetz über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz – GPSG) überwachungsbedürftigen Anlagen, die nicht gewerblichen oder wirtschaftlichen Zwecken dienen und durch die Beschäftigte nicht gefährdet werden können (z.B. Aufzugsanlagen).	§ 78 Abs. 7 HBO; GPSG, Verordnungen zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz	<p>Regierungspräsidium</p> <p>(§ 1 Abs. 1 Nr. 9 der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik, der Produktsicherheit und des Medizinprodukterechts - Arbeitsschutz-zuständigkeitsverordnung – ArbSchZV)</p>

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
	<p>Hinweis: Die Bauaufsichtsbehörde kann das Regierungspräsidium, ebenso auch TÜH, TÜV oder sonstige Sachverständige um fachliche Gutachten zu technischen Sicherheitsvorschriften bitten (§ 53 Abs. 4 HBO).</p>		
3.3.6	Heime		
	<p>Altenheime, Altenwohnheime, Pflegeheime und gleichartige Einrichtungen, die alte Menschen sowie pflegebedürftige oder behinderte Volljährige nicht nur vorübergehend aufnehmen und betreuen.</p> <p>Hinweis:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Erlaubnis zum Betrieb einer Heimeinrichtung ist von der Baugenehmigung unabhängig. 2. Förderungs- und Belegungsrichtlinien der sozialen Stellen sind zusätzlich zu beachten. 3. Da Anforderungen des Arbeitsschutzes von der Bauaufsichtsbehörde nicht geprüft werden, ist eine Beteiligung der Fachbehörden insoweit nicht geboten. 	<p>Heimgesetz (HeimG), Heimmindestbauverordnung (HeimMindBauV)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Amt für Versorgung und Soziales • Regierungspräsidium Gießen <p>gem. Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Heimgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Brandschutzdienststelle (vgl. Nr. 3.3.4)
3.3.7	Immissionsschutz		
3.3.7.1	<p>Nach Immissionsschutzrecht nicht genehmigungsbedürftige bauliche Anlagen, von denen schädliche Umwelteinwirkungen, d.h. Immissionen (Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, elektromagnetische Felder, Licht u.a.), die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und Nachbarschaft herbeizuführen, ausgehen können.</p>	<p>§§ 22 und 23 BImSchG</p>	<p>Je nach Art der Anlage gem. Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und zur Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassung eines Vorhabens durch mehrere Behörden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kreisausschuss des Landkreises bzw. Magistrat bei kreisfreien Städten oder

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
			<ul style="list-style-type: none"> das Regierungspräsidium bei Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen, das Regierungspräsidium, Dezernat Bergaufsicht
3.3.7.2	Nach Immissionsschutzrecht angezeigte genehmigungsbedürftige bauliche Anlagen, für die die Durchführung eines immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens nicht gefordert worden ist.	§ 15 Abs. 1 i.V.m. §§ 4, 16 BImSchG und der 4. BImSchV	s. Nr. 3.3.7.1
3.3.8	Lebensmittelhygiene		
	Bauliche Anlagen, in denen gewerbsmäßig Lebensmittel hergestellt, verarbeitet, behandelt oder verkauft werden (z.B. Küchen in Gaststätten oder Heimen, Imbisswagen, Schlachthäuser, Molkeereien, Getränkeherstellung, Backwarenherstellung), soweit kein eigenständiges Zulassungsverfahren vorgesehen ist (s.o. Nr. 1.11).	§ 22 des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes, Lebensmittelhygieneverordnung	<ul style="list-style-type: none"> Landrat in den Landkreisen, Oberbürgermeister in kreisfreien Städten als Behörden der Landesverwaltung Hessisches Landeslabor <p>(§§ 2 und 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz und zur Weinüberwachung)</p>
3.3.9	Militärische Schutzzonen		
	Bauliche Anlagen in festgelegten militärischen Schutzzonen (VS-Sache).	Schutzbereichsgesetz	<ul style="list-style-type: none"> Regierungspräsidium (Hessische Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Schutzbereichsgesetz, dem Landbeschaffungsgesetz und dem Wertausgleichsgesetz) Wehrbereichsverwaltung (§ 9 Abs. 3 Schutzbereichsgesetz)
3.3.10	Stellplätze		

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
	Ablösung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge.	§ 44 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 und Abs. 4 HBO i.V.m. Satzung der Gemeinde	Gemeinde
3.3.11	Wasserrecht		
3.3.11.1	Abwasserbeseitigung		
3.3.11.1.1	Entwässerungsanlagen auf dem Grundstück und in baulichen Anlagen, soweit deren Errichtung oder wesentliche Änderung wasserrechtlich nach § 60 Abs. 3 WHG nicht genehmigungspflichtig sind. Soweit Abwasseranlagen der öffentlichen Entsorgung dienen, gilt dies nur für zur Abwasseranlage gehörende Gebäude (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 HBO).	§§ 39 und 40 HBO	Untere Wasserbehörde (Kreisausschuss bei den Landkreisen, kreisfreie Städte; § 55 Abs. 1, § 54 Abs. 3 HWG)
3.3.11.1.2	Anforderungen nach kommunalen Satzungen für den Anschluss und die Benutzung der kommunalen Kanalisation, soweit danach kein eigenes Genehmigungserfordernis besteht.	Kommunale Abwassersatzungen	Gemeinde
3.3.11.2	Bauliche Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Heizöltanks) sind der zuständigen Wasserbehörde anzuzeigen.	§ 47 HWG; § 62 Abs. 1 und 2 WHG § 29 VAwS	Obere Wasserbehörde (Regierungspräsidium - Abt. Umwelt (§ 55 Abs. 2 HWG i.V.m. Zuständigkeitsverordnung) oder Untere Wasserbehörde (Kreisausschuss bei den Landkreisen, kreisfreie Städte (§ 54 Abs. 3 HWG)
3.3.11.3	Bauliche Anlagen in und an Gewässern und im Überschwemmungsgebiet.	WHG, HWG	Untere Wasserbehörde (s. Nr. 3.3.11.1.1)
3.3.11.4	Bauliche Anlagen an und in Wasserstraßen.	Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG)	Wasser- und Schifffahrtsamt (§ 45 Abs. 1 WaStrG)
3.3.12	Bauliche Anlagen an Bundesfernstraßen, Landes- und Kreis-		

	Sachverhalt	Rechtsgrundlage	Fachbehörde
	straßen		
	<ul style="list-style-type: none">• Bauliche Anlagen an Bundesfernstraßen, Landes- und Kreisstraßen• Bauliche Anlagen mit Zufahrten zu Bundes-, Landes-, Kreisstraßen• Anlagen der Außenwerbung an Bundesfernstraßen (vgl. Ziffer 2.2.6.3)	FStrG, HStrG	Ämter für Straßen- und Verkehrswesen, bei geplanten Straßen HMWVL